

Output 229
Page 2
Schwerpunkt

«Es ist Zeit für einen Generationenwechsel»

Guy Parmelin kritisiert Vorurteile gegenüber Frauen in Spitzenämtern – und nennt gleich drei mögliche Nachfolgerinnen zwischen 45 und 49. Zudem zeigt sich der SVP-Bundesrat besorgt über die Abschaffung des Frühfranzösisch an Schulen.

Patrik Müller und Werner De Schepper

Welcher Eindruck ist Ihnen bei Ihrer Rücktrittserklärung besonders in Erinnerung geblieben?

Guy Parmelin: Es waren sehr viele Journalistinnen und Journalisten da. Ich kann mich nicht erinnern, seit der Corona-Zeit so viele in diesem Raum gesehen zu haben. Am Nachmittag gab es zweieinhalb Stunden Mediengespräche. Am Abend war ich froh, nach Hause zu kommen.

Waren die Reaktionen der Journalisten nicht fast zu schmeichelhaft?

Das ist besser als das Gegenteil! (lacht)

Was hat Ihre Frau gesagt, als Sie nach Hause kamen?

Sie war zufrieden. Ich hatte sie am Donnerstagabend informiert. Erst am Vorabend?

Ja. Völlig überrascht war sie nicht. Wir hatten schon länger darüber gesprochen, wie lange ich das noch machen werde.

Wir führen dieses Interview im zweisprachigen Biel, im neuen Studio des zweisprachigen Fernsehens TB2. Warum ist Ihnen dieser Ort wichtig?

Weil es zentral ist, die Sprache und die Kultur der anderen Landesteile kennenzulernen. Ich denke auch an das Tessin. Viele Tessiner sprechen neben Italienisch auch Französisch und Deutsch. Die Mehrsprachigkeit ist Teil unseres Zusammenhalts. Englisch ist als internationale Sprache wichtig. Aber seine zunehmende Bedeutung beeinflusst den Willen der jungen Generation, eine andere Landessprache zu lernen.

Schmerzt es Sie, dass mehrere Kantone Französisch aus der Primarschule verbannen wollen?

Ja, das tut mir weh. Es ist keine Hilfe für den Zusammenhalt. Ich kann verstehen, dass eine weitere Sprache für die Kinder eine Herausforderung ist. Aber man muss langfristig denken. Interessant ist, dass sich die Bevölkerung bei früheren Abstimmungen häufig für Französisch ausgesprochen hat. Natürlich muss man darüber debattieren. Aber ich sehe eine gewisse Gefahr für unseren Zusammenhalt – nicht sofort, aber mittel- und langfristig.

Das ist ein Appell an die Politik. Aber wie motiviert man junge Menschen, die lieber Englisch lernen?

Die Eltern können einiges tun. Meine Mutter sagte zu uns Kindern: Ihr könnt euren eigenen Weg gehen, aber ihr verbringt ein Jahr in der Deutschschweiz. Das hatte sie selbst als Au-pair gemacht. Es war eine gute Entscheidung. Denn es geht nicht nur um die Sprache, sondern darum, eine andere Mentalität kennenzulernen.

Der Freiburger Regierungsrat Jean-François Steiert schlägt vor, einen Teil des Militärdienstes in einer anderen Sprachregion zu absolvieren. Eine gute Idee?

Das könnte helfen. Ich weiss nicht, ob es organisatorisch praktikabel ist. Aber alles, was die Verbindungen zwischen den Sprachregionen stärkt und den Austausch fördert, sollte man vorantreiben.

Sie sehen die Mehrsprachigkeit als Symbol für den Zusammenhalt. In vielen europäischen Ländern hat die Polarisierung stark zugenommen, Politiker werden angefeindet. In der Schweiz geniessen Bundesräte noch immer viel Respekt. Warum?

Vielleicht liegt es an unserer direkten Demokratie. Die Bevölkerung stimmt in der Regel viermal pro Jahr ab, auch über sehr emotionale Themen. Die Debatten können intensiv sein, aber am Ende wird abgestimmt und danach geht es weiter. Das haben wir während Corona gesehen: Dreimal gab es Referenden, dreimal entschied die Bevölkerung mit Bundesrat und Parlament. Wer verliert, ist enttäuscht, aber danach beschäftigt man sich mit etwas anderem. Ich denke, das baut Frustrationen ab.

Ihrer SVP wird vorgeworfen, zur Spaltung beizutragen. In ausländischen Medien wird sie teilweise mit der AfD oder dem Rassemblement National gleichgesetzt. Müssen Sie sich als Bundesrat im Ausland manchmal für Ihre Partei rechtfertigen?

Dieser Vergleich mit der AfD oder anderen Parteien wurde mir nie vorgehalten. Bei uns ist es nicht dasselbe. Wir sind als SVP seit Jahrzehnten in eine Koalitionsregierung integriert. Nach dem Kollegialitätsprinzip müssen wir uns auf pragmatische Lösungen einigen und Mehrheiten finden. Wenn eine Mehrheit im Bundesrat oder im Parlament zu weit geht, gibt es das Referendum. Damit kann eine Entscheidung korrigiert werden. Dieses System hilft uns, gewisse Fehler zu vermeiden, die im Ausland gemacht wurden.

Also kann die SVP nicht zu einer AfD werden, weil unser politisches System so funktioniert?

Das System verhindert Extreme. Die Kollegialität wirkt als Ausgleich gegenüber extremen Tendenzen. Und wenn es zu weit in eine Richtung geht, bringt das Referendum das wieder ins Gleichgewicht. Ein Beispiel gab es in Genf, als während einer Legislaturperiode eine klare rechte Mehrheit bestand.

Sie verzichtete auf Kompromisse und scheiterte.

Eine Partei wollte ein sehr striktes Programm verfolgen. Sie musste ihre Ambitionen reduzieren. Unser System ist nicht spektakulär, aber es funktioniert.

Es geht nicht nur um Inhalte, sondern auch um den Stil. Was löst es bei Ihnen aus, wenn in der Debatte um das Ständemehr beim EU-Vertrag Ständeräte, die dagegen sind, aus Ihrer Partei als «Landesverräter» bezeichnet werden?

Das ist Politik ...

... kommt aber aus Ihrer Partei.

Der Bundesrat, also die Exekutive, hat eine Rolle, die Parteien haben eine andere Rolle.

Aber das ist nicht Ihre Sprache. Sie bezeichnen Politiker mit einer anderen Meinung nicht als Landesverräter.

Nein. Und Sie haben recht, dass sich das politische Klima verschärft hat. Aber Sie sprechen von der SVP. Wenn ich gewisse Angriffe von der anderen Seite sehe, von Linken oder Grünen, ist es teilweise dieselbe Sprache. Heute spielt man in den sozialen Medien sehr stark mit dem Image einer Person. Jemand sagt etwas, und daraus wird etwas ganz anderes gemacht. Das geht sehr weit. Die Parteien haben sich professionalisiert. Aber manchmal schießen sie auch Eigentore. Am Ende brauchen die Parteien Resultate. Sie können nicht immer verlieren.

Was ist Ihnen aus diesem Jahr als Bundespräsident besonders geblieben?

Einschneidend war sicherlich das Drama in Crans-Montana. Sehr früh am Morgen des 1. Januar wurde ich informiert. Wir verstanden sofort, dass uns das lange beschäftigen wird. Es gab Tote, Schwerverletzte und Traumatisierte, die das ein Leben lang mit sich tragen werden. Die Katastrophe können wir nicht ungeschehen machen. Es geht darum, die Familien und Betroffenen zu begleiten und sie nicht zu vergessen. Am 1. Januar nächsten Jahres werden wir daran erinnern. Aber was passiert in den Jahren danach?

Sie haben selber keine Kinder. Wie haben Sie in dieser Situation die richtigen Worte gefunden?

Wir haben Neffen und Nichten. Aber es ist nicht einfach. Man fragt sich immer: Was macht man wann? Nicht zu früh, aber auch nicht zu spät. Manchmal hilft einfach ein Gespräch, bei dem man den Leuten zuhört. Die ersten Tage und später die Zeremonie in Martigny waren extrem schwierig.

Auch Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat Sie angerufen – einmal sogar um Mitternacht. Was wollte sie?

Sie beschäftigte die Dauer der Identifizierung der Opfer und sie bot uns Spezialisten an. Das Problem war: Wir konnten erst kommunizieren, wenn wir sicher waren und die Familien informiert hatten. Es war sehr emotional, aber wir haben einen Weg gefunden.

Ist Ihr Telefon nachts für Trump, Meloni und andere Staats- und Regierungschefs eingeschaltet?

Nein, nur wenn ich es für notwendig halte. Am 1. Januar hatte ich das Notfallhandy eingeschaltet. Meine Frau wachte gegen 5.30 oder 6 Uhr auf und sagte mir, mein Telefon habe geklingelt. Dann sah ich die Nachricht und wusste, dass es ein Problem gab.

Ein zweites grosses Thema in Ihrem Präsidialjahr waren die US-Zölle. Sie bleiben noch drei Monate im Amt. Können Sie hier noch ein Resultat erzielen?

Wir haben bereits eine gewisse Stabilität erreicht: eine Vereinbarung mit einem Zoll von 15 Prozent.

Aber noch keinen Deal.

Für die USA ist es ein Deal. Es stimmt: Wir haben noch kein rechtlich verbindliches Abkommen. Aber wir respektieren den Deal, und die USA respektieren ihn. Nun warten wir die Abklärung der USA wegen der Überkapazitäten ab. Es ist möglich, dass zunächst noch höhere Zölle kommen. Dann haben wir 30 Tage Zeit, um zu reagieren.

Bereits wird spekuliert, wer Ihre Nachfolge antreten könnte. In der Deutschschweiz heisst es über Céline Amaudruz, sie habe nicht das Format. Was sagen Sie dazu?

Ich erinnere mich an mein erstes Jahr als Bundespräsident. In der Deutschschweizer Presse lautete ein Titel sinngemäss: «Wird er

das schaffen?» Ich sagte: Lassen Sie mich meine Präsidentschaft machen und bewerten Sie danach meine Arbeit. Bei Herrn Cassis wurde dann das Gleiche durchgespielt. Auch da sagte ich: Lassen Sie ihn anfangen und beurteilen Sie danach die Ergebnisse. Das gilt für jeden Kandidaten.

Und diese Vorbehalte erlebt nun auch Frau Amaudruz?

Frau Amaudruz ist seit bald vier Legislaturen im Parlament. Sie hat in den Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit sowie für Wirtschaft gearbeitet. Sie kennt die Funktionsweise der Institutionen. Ich kenne sie, sie ist sehr fleissig. Ich kenne auch Esther Friedli, die aussergewöhnliche Arbeit in der Politik und zuvor in der Bildungsdirektion des Kantons Sankt Gallen geleistet hat. Und ich sehe weitere mögliche Kandidatinnen, etwa Frau Rickli als Gesundheitsdirektorin in Zürich. Während der Corona-Krise hatte ich wegen der wirtschaftlichen Fragen viel Kontakt mit ihr. Sie hat einen guten Job gemacht. (Denkt nach.) Was mich bei solchen Diskussionen ärgert: Sobald es um eine Frau geht, gibt es immer noch Vorurteile – nicht nur in der Deutschschweiz.

Welche Vorurteile meinen Sie?

Fragen wie: Was wird passieren? Wer kümmert sich um die Kinder? Was haben wir nicht alles gehört! Damit muss man aufhören. Das ist ein altes, sehr konservatives Denken. Man sieht doch längst, was Frauen erreichen können, wenn man sie machen lässt. Die EPFL in Lausanne hat zum ersten Mal eine Präsidentin, Anna Fontcuberta i Morral. Sie ist eine aussergewöhnliche Persönlichkeit. Man muss die Leute einfach anfangen lassen. Man kann sich irren. Aber von Beginn an zu sagen: «Das geht nicht», ist nicht gut.

Hört man da heraus, dass Sie sich freuen würden, wenn eine Frau Ihre Nachfolgerin würde?

Wir sind im Bundesrat fast alle aus der Generation der 60er-Jahre. Ich denke, es ist Zeit für einen Generationenwechsel. Die drei Frauen, die ich erwähnt habe und über die auch die Medien sprechen, sind zwischen 45 und 49 Jahre alt, also rund 20 Jahre jünger als ich. Das ist eine andere Generation. Aber auch sie hat Erfahrung und macht Politik. Man muss ihr eine Chance geben. Das Amt ist intensiv, es hat Höhen und Tiefen, und man braucht gute Leute um sich, weil man nicht alles allein machen kann. Ich habe Vertrauen, dass sie ihre Prüfungen bestehen werden.

Guy Parmelin beim Interview im Studio des zweisprachigen Senders TB2: «Die Kollegialität wirkt als Ausgleich gegenüber extremen Tendenzen.» Bild: Nik Egger/BT

Guy Parmelins Präsidialjahr begann mit einer Katastrophe, und er fand die richtigen Worte: Trauerfeier für die Opfer von Crans-Montana. Bild: Laurent Gilliéron/Keystone

«Ein Vergleich mit der AfD wurde mir nie vorgehalten. Wir sind als SVP seit langem integriert.»

Eine Lanze fürs Französisch

Als Ort für das erste grosse Interview nach seiner Rücktrittsankündigung wählte Guy Parmelin Biel/Bienne BE. Er gab es im neuen Studio des zweisprachigen Senders TB2 dem «Bieler Tagblatt» und CH Media. Der Bundespräsident betonte: Die Zweisprachigkeit Biels sei kein Detail, sondern Teil der Identität – und ein Modell für die Schweiz. Verständigung über Sprachgrenzen hinweg schaffe Vertrauen und Zusammenhalt. (pmü)